



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

E/XV/204 - 7. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Die Ausgabenwünsche der Regierung und die Abgeordneten</u> Von Heinrich G. Ritzel, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses	103
3	<u>An den Wahlen sollt ihr sie erkennen</u> Treibt die Entwicklung in Persien einer Krise zu?	47
4	<u>Zynismus ohne Grenzen</u> Pankow "bedauert" die westdeutschen Bauern	48
5 - 6	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten	
	<u>Mainz hat es geschafft!</u> Von Oberbürgermeister Franz Stein	72

\* \* \* \* \*

Die Ausgabenwünsche der Regierung und die Abgeordneten

Von Heinrich G. Ritzel, MdB,  
Mitglied des Haushaltsausschusses

Der Steuersegen, der sich zur Zeit in die öffentliche Hand ergießt, verursachte beim Bund in den ersten vier Monaten des Finanzjahres 1960 (April bis Juli) eine Zunahme von 14,5 Prozent im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Bei den Ländern berechnet sich die Steigerung vor allem infolge ihres höheren Anteils an den Erträgen der Einkommen- und Körperschaftssteuer auf 20 Prozent. Von dieser Überlegung und von der mit einiger Sicherheit zu erwartenden Zuwachsrate zum Bruttosozialprodukt 1961 wird der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages bei der Beratung des Etatsentwurfes für 1961 auszugehen haben, den der Bundesfinanzminister Ende September 1960 dem Parlament vorlegt. Bei vorsichtiger Schätzung wird man für 1961 mit einer Zuwachsrate von 6 Prozent rechnen können. Die sich hieraus ergebenden Annahmeföglichkeiten enthalten die Richtschnur für die vertretbaren Ausgabeansätze. Koch kennt die Öffentlichkeit die Abschlüsse der Einzelhaushalte nicht, die den gesamten Bundeshaushalt bilden, jedoch erfährt man sicherem Vernehmen nach, daß der Bundesfinanzminister nur mit Mühe und Not in den Kabinettsberatungen erreichen konnte, daß der Gesamtabschluß für 1961 wenigstens unter 45 Milliarden bleibt. Ein Ausgleich ist nach Auffassung der Regierung nur durch die Verweisung von mehr als zwei Milliarden DM in den außerordentlichen Haushalt zu erreichen, eines Betrages also, der durch Anleihen gedeckt werden soll. Der Haushaltsausschuß wird streng zu prüfen haben, ob diese Anleiheaufnahme in bezug auf die damit zu finanzierenden Ausgaben unabweisbar notwendig, und soweit diese Frage bejaht werden muß, ob die Deckung nicht auf einem anderen Weg als durch Anleihen gefunden werden kann.

Steuersenkungen?

Der Bundesfinanzminister, der wiederholt den Gedanken anklagen ließ, daß höhere Anforderungen an Steuererhöhungen zwingen würden, schlägt keine Steuererhöhung vor. Man spricht in Gegenteil beispielsweise auf dem Gebiete der Vermögenssteuer von Steuersenkungsmaßnahmen. Da die Vermögenssteuer aber eine Ländereinnahme darstellt, trifft eine solche Auswirkung den Bundeshaushalt nicht. In Parenthese sei zu dieser Steuersenkungsabsicht bemerkt, daß man wohl Unsinnigkeiten im Bereich der Vermögenssteuer beseitigen soll, z.B. die Anrechnung eines Postscheckkonto-Bestandes aus laufenden Einnahmen von Arbeitnehmern im Rahmen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs als Vermögen, aber man sollte sich davor hüten, in Zeiten der Hochkonjunktur und entsprechend gesteigerten Einnahmen, die zur Vermögensbildung führen können und in der Praxis auch führen, auf Steuermöglichkeiten zu verzichten, und man sollte in diesem Zusammenhang lieber an das berühmte Beispiel Josefs von Ägypten denken, der in den sieben fetten Jahren für die sieben magere Jahre, die er erwartete, vorsorgte. Ein Bundeshaushalt, der zum Ausgleich auf den Kapitalmarkt angewiesen ist, erlaubt Steuersenkungen nur dann, wenn es sich um wohl begründete soziale Handlungen der Steuerpolitik dreht. Die Hoffnungen, die da oder dort laut werden, um Steuersenkungen zu erzielen, sind verständlich, aber sie scheitern an der Realität, solange nicht nachgewiesen werden kann, daß die Ausgaben sich senken lassen.

Ernste Aufgabe des Parlaments

Hier beginnt die ernste Aufgabe des Parlaments. Vor kurzem hat ein sehr geschätzter Steuersachverständiger in einer großen Tageszeitung behauptet, die Abgeordneten versäumten nicht nur, die hohen Ausgabenwünsche der Regierung zu beschneiden, sie scheuten sich auch nicht, neue Ausgaben zu beschließen, die dann die Regierung kinnehmte, ohne ernsthaft etwas dagegen zu unternehmen, und der gleiche Nationalökonom behauptet: "Niemand tut damit etwas gegen die Ausgabenflut". Man möchte wünschen, daß solche Kritiker an den Beratungen des Haushaltsausschusses teilnehmen könnten.

Sie würden dort nicht selten ein blaues Wunder erleben. Wenn die Regierung bei der Vorbereitung eines Jahreshaushaltes es unterläßt, die Ansätze in ihren Entwurf einzubringen, die beispielsweise auf dem Gebiet der Kriegsofferversorgung unabweislich und ebenso zwingend notwendig sind, wie z.B. eine über den Regierungsentwurf hinausgehende Erhöhung der Ansätze für die Erhöhung der Besoldung der Angestellten und Beamten, dann liegt eine Pflichtverletzung des Parlaments, ja sogar eine Verletzung des Grundgesetzes vor, wenn die Abgeordneten sich scheuen, die Ausgaben zu beschließen, die die Regierung nicht vorschlug, weil sie der Parlament den schwarzen Peter überließ. In solchen Vorgängen, die geschichtlich nachweisbar sind, liegt eine schwere Schuld der Regierung. Regieren heißt, das Wahrscheinliche voraussehen, regieren heißt nicht, vor dem Unabwendbaren die Augen zu verschließen und dem Parlament die Verantwortung zuzuspielen, die die Regierung von Anfang an zu tragen hat. Der Haushaltsausschuß des Bundestages wird unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen haben, was die Regierung im Haushaltsentwurf 1961 etwa wiederum unterläßt, um dem Bundestag die Kritik der öffentlichen Meinung zuzufügen, wonach er nicht willens und fähig sei, der Ausgabenflut entgegenzuwirken.

#### Sind alle Ausgaben gerechtfertigt?

Im Haushaltsausschuß und von der einen oder anderen Fraktion des Bundestages wurden schon bislang wirkungsvolle Ersparnisvorschläge gemacht. Sie fanden nicht das Ohr der Regierung und nicht das Ohr der Mehrheit. Bis jetzt läßt sich hinsichtlich des Etats 1961 nicht erkennen, daß die Regierung an irgendeiner Stelle im nennenswerten Umfang der auf sie eindringenden Ausgabenflut wirkungsvoll entgegengetreten ist. Vielmehr zeigt der Bedarf von mehr als zwei Milliarden DM an außerordentlichen Ausgaben und die Steigerung der Endsumme des Etats auf nahezu 45 Milliarden DM, daß der Bundestag sehr kritisch zu untersuchen haben wird, ob die Anforderungen, die die Regierungsentwürfe bringt, wirklich zu rechtfertigen sind, oder ob sich zur Minderung des Bedarfs im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt nennenswerte Abstriche erzielen lassen. Dabei kann keine Rede davon sein, daß etwa zur Schonung eines einzigen Haushalts, nämlich des Verteidigungshaushalts, anderen Haushalten Unrecht zugefügt wird. Die beiden Haushalte für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und für Verteidigung fordern allein über zwei Milliarden DM mehr für 1961 an, und die Regierung ist bereit, sie zu billigen. Bisher hat der Bundesfinanzminister als Mittel zur Erzielung eines Ausgleichs eine im Haushaltsgesetz verankerte zehnprozentige Kürzung aller kürzbaren Ausgaben verlangt und erhalten. Daß dieses Spiel kein Akt einer ehrlichen und sachbaren Etatberatung ist, hat auch der Bundesfinanzminister nicht bestritten. Er hat jetzt die Konsequenz gezogen, indem er diese etwa zehnprozentige Kürzung bei allen kürzbaren Ausgaben direkt in den Ansatz gebracht hat, also beim Abschluß jedes Einzelplanes eine Endsumme bringen wird, die bereits die Kürzung berücksichtigt. Damit erhält der Haushaltsausschuß des Bundestages besseres Vergleichsmaterial als bisher, und damit wird erneut der Beweis geliefert, daß die Notwendigkeit einer gründlichen bis ins Detail gehenden Etatberatung, die zugleich auch Ansätze dafür liefern dürfte, wo und in welchem Umfang Ersparnisse an diesem Riesenhaushalt der Fünfundvierzigtausendmillionen DM möglich erscheinen, besteht.

An den Wahlen sollt ihr sie erkennen

E.D. - Der vom persischen Schah angeordnete Rücktritt des Ministerpräsidenten Eghbal hat die innenpolitische Lage des Landes erneut in das Interesse der Weltöffentlichkeit gerückt. Der Vorwurf aus den Kreisen der Opposition, der Teheraner Regierungschef habe die Wahlen bewußt und zugunsten seiner Partei fälschen lassen, ließ den Monarchen zum letzten konstitutionellen Mittel greifen, um eine schwere Krise zu verhüten. Wie weit diese Absicht gelungen ist, kann nur die Zukunft beweisen. Allerdings sollte man nicht allzu optimistisch sein, denn die Gärung der Gemüter, die nach dem Ereignissen in der Türkei auch einen gewissen Teil der persischen Bevölkerung ergriffen hat, muß zu denken geben. Und dies umso mehr, als selbst die Armee in einigen ihrer Kader in letzter Zeit Auffassungen kundigt, die dem gegenwärtigen Regime gefährlich werden können.

Seit den Tagen, da der einstige Ministerpräsident Mossadegh die Fahne der nationalen und sozialen Revolution schwang, ist die Lage unruhig geblieben. Der Eindruck, den er auf die Massen hinterlassen hat, übersteigt bei weitem den Einfluß seiner Nachfolger. Das heißt nicht, daß mit einer Rückkehr des alten Mannes zu rechnen ist, wohl aber sind eine Reihe seiner Ideen und Maßnahmen so populär geblieben wie sie damals waren.

Mohammed Reza Schah Pahlewi ist ein Mann, der ohne Zweifel modernen Reformen zugänglich ist, doch die berüchtigte Teheraner Hofkaramilla hat bislang die Verwirklichung einer ganzen Anzahl von Projekten zu bremsen vermocht, um den Einfluß der Großgrundbesitzer, der Häflinge und der mit diesen verbundenen reichen Kaufleute zu erhalten. Wenn es in den letzten Jahren verhältnismäßig "ruhig" im Lande war, so liegt dies beileibe nicht an der Zufriedenheit der Menschen mit den herrschenden Zuständen, sondern einzig und allein an der "Harten Hand", die in Form von Polizeiregimentern über dem Lande lag. Die Armee selbst erlebte eine Säuberung nach der anderen, wobei sich ihr militärischer Wert für die Partner des CENTO-Paktes immer mehr verringerte. Man hat oft den Nachweis zu führen versucht, daß die Nähe der Sowjetunion die Existenz einer starken Armee rechtfertigte. Leider aber ist von dieser Stärke nichts mehr zu spüren.

Warum gerade jetzt bei den "mißglückten" Wahlen das Volk rebellisch wurde, hat zu allerlei Spekulationen geführt. Richtig ist wahrscheinlich die Vermutung, daß die oppositionellen Kräfte sich zu sammeln beginnen, wobei die linksextreme Tudeh-Gruppe nicht die Rolle spielt, die ihr von offizieller Propagandaseite immer zugedacht worden ist.

Das Zugeständnis des Schah an diese Kreise der Opposition aber dürfte nur dann einen wirklichen Erfolg für das Land bedeuten, wenn von nun an demokratische Formen nicht nur in der äußeren Hülle, sondern auch den inneren Gehalt nach zum Zuge gelangen.

Die Gefahr einer persischen Neuauflage eines nasseristischen Putschs oder auch nur eine Wiederholung der Vorgänge in der Türkei bleibt in Persien solange bestehen, solange die wirklichen Reformen nicht verwirklicht werden. Da helfen keine amerikanischen Hilfsgelder und keine starken Worte aus dem Schahpalast.

Zynismus ohne Grenzen

lib. - Die Machthaber in der Zone haben plötzlich ihr Herz für die Bauern in der Bundesrepublik entdeckt. In bedauernden Berichten und Meldungen bekunden sie ihr "tiefes Verständnis für die beklagenswerten Bauern, die von keiner offiziellen Seite" eine Hilfe erhalten für die Bergung der Ernte, die in diesem Jahr unter den denkbar ungünstigsten Witterungsverhältnissen eingebracht werden muß. Während in der Sowjetzone die "Genossen der Volksarmee mit dabei" seien, Betriebe Erntehelfer freiwillig stellen (unter Zwang natürlich), habe die Bundeswehr jeden Einsatz von Bundeswehrsoldaten untersagt.

Wer, wie unsere Landsleute drüben hinter dem Eisernen Vorhang keine andere Möglichkeit besitzt, sich über die wahren Verhältnisse zu unterrichten, muß glauben, was die Zonenzeitungen aus Westdeutschland berichten. Dabei könnten sich ihre Berichtersteller Informationen an Ort und Stelle einholen, wenn sie es nur wollten. Wollen sie es nicht, oder dürfen sie es nicht? Sonst hätten sie ja nach Pankow berichten müssen, daß schon seit Wochen die Bundeswehr Soldaten auf Abruf zur Erntehilfe bereit hält und eingesetzt hat. Die "Volksstimme" in Chemnitz meldete aber in ihrer Nummer vom 20.8.60, "wie aus unterrichteten Kreisen verlautet, hat es Kriegsminister Strauß abgelehnt, Soldaten der Bundeswehr als Erntehelfer bei den Bauern einzusetzen". Dann wird berichtet, wo erst 20 bis 30 Prozent des Getreides eingefahren seien und wo noch 70 Prozent auf den Halmen steht. Für die Sowjetzone aber lautet der Plan: "Bis zum 28.8. ist alles Getreide geborgen", so auf der Seite 1 vom 24. August. Auf Seite 2 jedoch beschwert sich ein Leser, daß im Kreis Erbsdorf "erst reichlich 22 Prozent der Getreidefläche geschnitten" sind und eine Volkskorrespondentin beklagt sich, daß in Cranzahl die Heuernte wegen des ungünstigen Wetters noch nicht abgeschlossen sei.

Wie mag es wohl in den Köpfen der Redakteure aussehen, die ihren Lesern in der gleichen Ausgabe das Gegenteil dessen versetzen, was sie an anderer Stelle lauthals hinaustrumpfeten?

Die angeführten Beispiele könnten seitenlang fortgesetzt werden. Den Zonenmachthabern kommt es auch gar nicht darauf an, die Bevölkerung objektiv zu unterrichten. Für sie darf einfach nicht sein, was nicht sein soll. Diesmal sind es die "in Stich gelassenen" westdeutschen Bauern, die bei dem anhaltenden Dauerregen wahrlich den Kopf voll genug haben, die Pankow vor seinen Karren spannen möchte. Ihnen müssen Ulbrichts Mannen des "tiefen Mitgeföhls" für ihre Not versichern, um ihnen in einer nicht signierten Meldung mit dem Bild des "Gutsbesitzers Schwarz", des Bundeslandwirtschaftsministers, sagen zu lassen: "Sie (die durch den anhaltenden Regen in Not geratener Bauern) können doch nicht verlangen, daß die öffentliche Hand solche Riesenschäden trägt. Diese Verluste müssen von den Bauern in vollem Umfang selbst getragen werden". Daß aber Ulbricht selbst vor noch nicht allzu langer Zeit, nämlich erst in diesem Frühjahr, die Bauern in seinem Machtbereich einfach vor ihren Höfen jagte, zum großen Teil entschädigungslos, und in seine staatlichen Kolchosen trieb, soweit sie nicht den Weg nach Westdeutschland wählten oder in ihrer verzweifelter Lage keinen anderen Ausweg sahen als den Tod, darüber geht man mit Zynismus hinweg.

Mainz hat es geschafft!

Von Oberbürgermeister Franz Stein

Der Fremde, der vor wenigen Jahren Mainz besuchte und der die Stadt heute wiedersieht, wird einen bemerkenswerten Wandel in allen Vierteln und Straßen feststellen. Konnte man vor nicht allzu langer Zeit gelegentlich noch hören, Mainz scheine im Wiederaufbau hinter anderen Städten zurückgeblieben zu sein, so ist heute unverkennbar, daß das wirtschaftliche Leben, vor allen Dingen aber auch die Bautätigkeit, einen Aufschwung genommen hat, der der zweitausendjährigen Stadt stellenweise das Gepräge einer zu stürmischer Entwicklung ansetzenden Neugründung zu geben scheint. Das kommt nicht von ungefähr. In diesem Aufschwung schlägt sich eine systematische Vorbereitungs- und Planungsarbeit nieder, die gerade in den letzten Jahren von Stadtrat und Stadtverwaltung geleistet wurde.

Die Stadt Mainz ging aus dem letzten Krieg nicht nur mit Zerstörungen der Innenstadt bis zu 85 Prozent hervor, sondern erlitt in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch eine zusätzliche schwere Benachteiligung, indem ihr durch eine Proklamation der Alliierten Militärregierung die Verwaltung ihrer rechtsrheinischen Stadtteile entzogen wurde. Die Zonengrenzziehung - links des Rheins französisch, rechts des Rheins amerikanisch - war die Ursache. Dadurch verlor Mainz über die Hälfte seines Areals und wichtigste industrielle Anlagen, denn gerade auf dem ebenen, lagebegünstigten rechten Rheinufer hatten sich seit Jahrzehnten bedeutende Betriebe angesiedelt. Die Folge des alliierten Eingriffs war eine Verschiebung des wirtschaftlichen Gleichgewichts der Stadt, für dessen Ausgleich vorzüglich Sorge getragen werden mußte, wollte Mainz nicht nachhaltig Schaden erleiden. Deshalb richtete ich 1950, bald nach meinem Amtsantritt, ein Amt für Wirtschaftsförderung ein, dessen Aufgabe es sein sollte, die wirtschaftliche Substanz des verödeten linksrheinischen Mainz zu verstärken.

66 große und mittlere Betriebe konnten durch die Initiative dieses Amtes - das vom Oberbürgermeister selbst dezerniert wird - neu angesiedelt werden. Das bedeutet einen Zuwachs von rund 12 000 Arbeitsplätzen. Unter den neuen Betrieben befinden sich so bedeutende Unternehmungen, wie das Jenaer Glaswerk Schott & Gen., die Papierfirma Max Kraus (M.K-Papier) und eine neue Nescafé-Fabrik der Nestle-AG. Besonderer Wert wurde auf die rechte Mischung der neu anzusiedelnden

Betriebe gelegt, denn auf ihr beruht die Krisenfestigkeit der Wirtschaft einer Stadt. Die 66 neuen Betriebe gehören allen Branchen an, von den Textilien bis zum Maschinenbau, von der optischen bis zur Nahrungsmittelindustrie!

Das zweite große Aufgabengebiet war selbstverständlich der Wiederaufbau der zerstörten Stadt. Standen dieser in den ersten Jahren nach Kriegsende noch besondere Hemmnisse durch Sonderpläne der französischen Besatzungsmacht entgegen, so konnte nach der Währungsreform mit der Wiederherstellung und dem Wiederaufbau einer Reihe wichtiger öffentlicher Gebäude begonnen werden. Es seien nur das Städtische Theater am Gutenbergplatz, das Kurfürstliche Schloß mit seinen Festsälen und das im Januar 1956 eingeweihte vorbildliche Altersheim genannt. Daneben lief der Wohnungsbau: rund 2000 neue Wohnungen entstanden jedes Jahr. Seinen entscheidenden Impuls bekam das Mainzer Baugeschehen jedoch durch die Beauftragung des international bekannten Städteplaners Prof. Dr. Ernst May mit der Gesamtplanung des Mainzer Aufbaus im Januar 1958. In kürzester Frist erstellte Professor May in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsexperten, Prof. Leibbrand von der Technischen Hochschule Zürich, und Prof. Boesler, für die Strukturuntersuchung die notwendigen Grundlagenpläne. So wurde eine neue Bauordnung erlassen, ein Wirtschaftsplan erstand, ein Aufbauplan fand Annahme, zahllose Durchführungspläne schlossen sich diesen grundlegenden Entscheidungen an.

Der Aufbau von Mainz hat heute Richtung und Format, und im Bild der Stadt wirkt sich das schon überall sichtbar aus: Bauzäune schießen allenthalben aus dem Boden, Bagger heben Baugruben aus, die Beton-Mischmaschine rattern, die Mainzer Innenstadt scheint weithin zu einem einzigen Bauplatz geworden zu sein. Wies in den Jahren von 1950 bis 1959 der Monatsdurchschnitt der von der Baupolizei genehmigten Baugesuche die Rohbausumme von 3,7 Millionen DM auf, so liegt der Monatsdurchschnitt in diesem Jahr bei 6,5 Millionen DM. Das Planungszentrum wird während des Wirkens von Professor May vom Oberbürgermeister selbst geführt. Selbstverständlich beteiligt sich die Stadt mit einer Reihe von Eigenprojekten an diesem Baufrühling. Es seien nur die drei zur Zeit entstehenden Museumsbauten: Gutenbergmuseum, Altertummuseum, Naturhistorisches Museum, neben Schulbauten, Errichtung eines Hauses der Jugend u.a. genannt.

Mainz hat es geschafft: das dürfte das Ergebnis des Wirkens der zuständigen Gremien von Stadtrat und Verwaltung gerade in den letzten vier Jahren sein.